



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 154. Ratssitzung vom 17. September 2025

5113. 2024/525

Postulat von Dafi Muharemi (SP) und Reis Luzhnica (SP) vom 20.11.2024: Schichterwerbstätigkeit als zusätzliches Vergabekriterium für Wohnungen von Liegenschaften Stadt Zürich gemäss Mietreglement

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dafi Muharemi (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3964/2024): Wir wissen alle, dass Zürich wächst. Das funktioniert nur, wenn Menschen Tag und Nacht für uns im Einsatz sind: im Spital, bei der Polizei, im Öffentlichen Verkehr (ÖV) oder in anderen wichtigen Bereichen. Ohne die Schichtmitarbeitenden steht die Stadt am frühen Morgen oder spät am Abend still. Aber genau die Leute, die wir am meisten brauchen, haben es am schwersten, eine bezahlbare Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu finden. Früh- oder Spätschichten, unregelmässige Arbeitszeiten ausserhalb vom ÖV-Betrieb bedeuten längere Pendelwege, weniger Erholung, mehr Stress und einen grossen Krampf, um Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Mit dem Postulat soll der Stadtrat prüfen, ob die Vergabekriterien für städtische Wohnungen so ergänzt werden können, dass Schichtmitarbeiter mit einem Mindestpensum von 50 Prozent im systemrelevanten Bereich berücksichtigt werden können; besonders wenn sie auf Wohnungsnähe angewiesen sind. Das bringt konkrete Vorteile mit sich: kürzere Wege, mehr Erholungszeit, bessere Lebensqualität, stabile Teams in Bereichen, in denen wir dringend Leute suchen, weniger Verkehr und mehr Klimaschutz, wenn mehr Leute zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Es geht nicht darum, jemandem Wohnungen wegzunehmen. Es geht darum, die zu unterstützen, die es am nötigsten haben. Denn wenn wir nicht genügend Leute im Spital, bei der Polizei oder im ÖV haben, hat das Folgen für uns alle. Ich weiss, dass die meisten das in ihren Fraktionen schon besprochen haben und genau wissen, was sie abstimmen. Aber ich bitte Euch nochmals nachzudenken: an eine Trampolin oder einen Busfahrer mit anderthalb Stunden Arbeitsweg, die dann acht bis neun Stunden bei der Arbeit fahren. Mit Erholung hat das nichts zu tun. Unterstützt dieses Postulat für ein funktionierendes, zukunftsorientiertes und menschliches Zürich.

Përparim Avdili (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 4. Dezember 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Wenn man Dafi Muharemi (SP) zuhört, könnte man meinen unmenschlich zu sein, wenn man das Postulat ablehnt. So einfach ist es nicht. Wir haben das Postulat in der FDP-Fraktion genau geprüft und diskutiert. Unklar blieb, ob es um



Schicht- oder Nachtarbeit geht. Das ist nicht dasselbe, insbesondere in Bezug auf das Argument der ÖV-Nutzung: Effektiv ist nur eine Anzahl an Personen der Nachtschicht betroffen, da die Arbeitszeiten dann anfangen oder aufhören, wenn der ÖV fährt. Wenn man so eine Regulierung einführen würde, müsste man genau hinschauen, wer konkret betroffen ist, also keinen ÖV nutzen kann. Das ist bereits etwas kompliziert. Ebenso stört am Vorstoss der Grundgedanke, dass die Nachtschichtarbeit etwas Schlechtes sei. Bei dieser Begründung hätte der Vorstoss eine Berechtigung mit der Industrialisierung Anfang des 20. Jahrhunderts gehabt. In der heutigen Realität arbeiten Menschen freiwillig in diversen Branchen zu unterschiedlichsten Arbeitszeiten, da dies einen Mehrwert für ihre Lebenssituation schafft. Es wäre nicht fair, ein Arbeitsmodell gegen ein anderes auszuspielen und staatlich zu favorisieren. Am Ende des Tages braucht es bezahlbaren Wohnraum für alle. Was bezahlbar ist, ist aber relativ und von der Person abhängig. Der sozio-ökonomische Grund ist entscheidend, dass der Steuerzahler einspringen muss. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass das notwendig ist, aber auch dort gibt es unseres Erachtens Nachholbedarf. Schlussendlich fehlt es generell und an gemeinnützigem Wohnraum in der Stadt Zürich. Dieser wird am Laufband von der politischen Seite der Postulanten verhindert. Wir glauben, dass dieser Vorstoss nicht für mehr Fairness sorgt, sondern gewisse Ungerechtigkeiten sogar verschärfen würde. Mitarbeitende staatsnaher Betriebe geniessen im Vergleich zu anderen Personen gute Arbeitsbedingungen und Unterstützung in anderen Formen. Schlussendlich kommt es darauf an, ob sich der Mensch die Wohnung leisten kann oder nicht, unabhängig davon, wie oder wo er arbeitet.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Stepinski (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist erstaunt, dass so eine Forderung von linker Seite kommt. Dieser Vorstoss ist ein Versuch, die Vergabekriterien der Stadt einseitig auszuweiten. Er unterläuft eindeutig die bewährten Prinzipien der sozialen Wohnraumvergabe. Eine Bevorzugung von Schichtarbeitenden, also einer bestimmten Kategorie von Berufsleuten, empfinden wir schlichtweg als diskriminierend und nicht haltbar. Die Behauptung, dass Schichtarbeitende zu den Schlechtverdienenden zählen, finden wir ein wenig tendenziös. Eine Reinigungsfrau und ein Reinigungsmann, die immer nachts arbeiten, sind per Definition keine schichtarbeitenden Menschen. Diese Personen sollen demnach keine Wohnung in Zentrumsnähe haben. Ärzte in Schichtarbeit hingegen würden so eine günstige städtische Wohnung in Zentrumsnähe bekommen. Aber ganz viele andere Menschen nicht: Eine alleinerziehende Mutter mit Kindern mit speziellen Bedürfnissen, die mehrmals pro Woche Therapie brauchen, benötigt auch eine Wohnung in Zentrumsnähe. Es tut mir leid, aber dieser Vorstoss ist nicht fair. Wir sind der Meinung, dass die Vergabe von städtischen Wohnungen fair, ausgewogen und sozial abgestützt bleiben muss. Darum lehnt die Die Mitte/EVP-Fraktion das Postulat entschieden ab.

Moritz Bögli (AL): Auf rechter Seite wird Wortklauberei betrieben und der Teufel an die Wand gemalt. Viel wird in das Postulat hineininterpretiert. Den Prüfauftrag findet unsere Fraktion absolut richtig. Mit dem Vorstoss schreiben wir nicht fest, dass automatisch alle Schichtarbeiter eine Wohnung bekommen, wie von rechter Seite impliziert. Man prüft, ob man das bei den Vergabekriterien berücksichtigen will. Da gilt es verschiedene Dinge zu



klären. Nur weil jemand in Schicht arbeitet, braucht er eine solche Wohnung, ist zu einfach gedacht. Die Wohnung bringt nur etwas, wenn sie in der Nähe des Arbeitsortes ist. Jemand, der am Flughafen Kloten Schichtarbeit leistet, hat nichts von einer Wohnung in Wollishofen. Wir finden es sinnvoll, dass sich der Stadtrat Gedanken macht; auch wie man jene, die im Stadtspital arbeiten, potenziell miteinbeziehen könnte. Mit Ausnahme der gut bezahlten Ärzte befindet sich der Schichtarbeiter im Land im Tieflohnsegment.

Ronny Siev (GLP): Wir haben das sehr wohlwollend geprüft, weil Schichtarbeit tatsächlich eine wichtige Arbeit ist. Das Problem ist, dass es ganz viele mögliche Kriterien gibt, die man berücksichtigen könnte. Das ist das erste von vielen Postulaten zu Schichtarbeitenden. Wir haben gehört, dass getrenntlebende Eltern in der Nähe ihrer Kinder wohnen wollen. Das ist extrem wichtig für das Familienleben. Da braucht es unbedingt einen Vorstoss. Dass Kinder nach Leerkündigungen in der gleichen Schule bleiben können, ist ebenso wichtig. Ich habe schon viele Postulate vorbereitet, die man einreichen könnte, die in die gleiche Richtung gehen. Wenn wir damit anfangen, dann hören wir nicht mehr auf. Wenn jemand Nachtschicht arbeitet und dann auf die Tagesschicht wechselt, ist die Person trotzdem gesichert. Wir wollen auch, dass möglichst viele Leute eine bezahlbare Wohnung haben. Wir haben ein riesengrosses Wohnungsproblem in Zürich, aber wir lösen es nicht, wenn wir eine Gruppe bevorzugen. Darum lehnen wir das Postulat ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Ansatz des Postulats ist völlig verkehrt. Er schematisiert und schubladisiert, statt dass man in Zusammenhängen denkt. Wenn man das ganze integral anschaut, ist es viel schwieriger. Als ehemaliger Präsident einer Baugenossenschaft musste ich entscheiden, wer Genossenschafter wird und eine Wohnung erhält. Ich habe mir jedes Mal die Dossiers und die vergangene sowie aktuelle Gesamtsituation der Person angeschaut. Ich habe nie eine Wohnung an jemanden vermietet, den ich kannte. Man muss es neutral anschauen, dafür ist so ein Postulat nicht geeignet.

Reis Luzhnica (SP): Zum Glück gibt es Vergabekriterien und wir müssen nicht auf Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) hoffen, sonst hat dann niemand eine Wohnung in der Stadt. Die Bürgerlichen haben heute Abend gesagt, der Polizeiberuf sei unattraktiv. Beim Vorstoss haben wir auch daran gedacht, dass das den Beruf der Polizei attraktiver machen könnte. Ich hatte früher selbst Schichtdienst und weiss, wie das ist. Es ist mühsam, man steht auf, wenn niemand wach ist und wenn dann kein ÖV fährt, wird es schwierig. Diese Massnahme wäre als Ergänzung zu den bestehenden Kriterien sinnvoll. Die bisherigen Kriterien fallen nicht weg. Es handelt sich auch nicht um eine Kategorie von Menschen: Es sind viele verschiedene Berufe und unterschiedliche soziale Schichten der Gesellschaft, die betroffen sind. Der Diskriminierungsvorwurf ist haltlos. Karin Stepinski (Die Mitte) hat ihr Bedauern ausgedrückt und mit Beispielen von anderen Personengruppen auf die Tränendrüse gedrückt, aber wieder einmal keine Lösung vorgeschlagen. Nein zu sagen, ist kein Politikmacher. Die Vergabekriterien bleiben erhalten und werden nicht umgekrempelt. Der Vorschlag soll geprüft werden. Bei Ronny Siev (GLP) dachte ich erst, er bringt interessante Ideen, aber dann ging es ins Lächerliche. Ich würde mir wünschen, dass wir das durchbringen. Wir haben wirklich an Leute gedacht, die im Spital, beim ÖV und bei der Stadtpolizei arbeiten. Sagt Ja, wenn ihr etwas für die Stadtpolizei tun wollt.



4 / 4

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir nehmen das Postulat zur Prüfung entgegen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir nicht schon mal einen ähnlichen Vorstoss zu den Vergabekriterien hatten. Ich möchte allerdings vor Illusionen warnen. Je mehr der Gemeinderat das rare Gut für eine Gruppe – von denen es zahlreiche gibt – fordert, desto schwieriger wird es. Man kann es irgendwann überspannen. Ich sehe nicht, dass das Vergabereglement detaillierteste und auf die Anteile an der städtischen Bevölkerung angepasste Änderungen bringt. Wir schauen an, was man machen kann, aber mehr möchte ich nicht versprechen.*

Das Postulat wird mit 58 gegen 63 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat